

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	61 (1982)
Heft:	7-8
Artikel:	Die Stadt im Umbruch : über Grundsätze einer SP-Städtepolitik diskutieren
Autor:	Fünfschilling, Leonhard / Stieger, Hans
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-339876

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP-Städtetag: Wohnen in der Stadt von morgen

Zum Stichwort «Stadterneuerung» ist in den letzten Jahren viel geschrieben und gesprochen worden. Doch die theoretischen Bemühungen gingen mehr oder weniger spurlos an der Praxis vorbei. Die Zerstörung des städtischen Lebensraumes geht unverdrossen weiter. Der Druck auf die Mieter nimmt zu, die Bodenpreise steigen und der Bund will sich aus der vom Volk übertragenen Verantwortung davonstehlen. Die Situation ist ziemlich alamierend.

Dies ist der Grund, weshalb die Sozialdemokratische Partei der Schweiz am 4./5. September in Aarau einen Städtetag durchführt. Ziel der Tagung ist die Erarbeitung von konkreten Richtlinien für die Stadt- und Wohnpolitik. Die folgenden Artikel versuchen, in die zu lösenden Konflikte auf der Ebene der Stadt, des Quartiers und des Wohnens im Hause einzuführen. (Vergl. auch SP-Intern in dieser Nummer).

Leonhard Fünfschilling und Hans Stieger über SP-Städtepolitik

Die Stadt im Umbruch

Über Grundsätze einer SP-Städtepolitik diskutieren

Die Stadt ist wie noch nie in der Geschichte in Veränderung begriffen. Oekonomische und damit verbundene gesellschaftliche Prozesse, neue Bautechnologien, neue Energiequellen und neue Verkehrsmittel haben u.a. dazu geführt, dass das Wachstum der Städte in Art, Ausmass und Geschwindigkeit eine neue Dimension erreicht hat.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass heute eine Mehrzahl der Bevölkerung unserer Städte in mehr oder weniger tristen Blöcken und reizloser Umgebung oder entlang von Hauptstrassen im Lärm und in den Abgasen des Strassenverkehrs lebt. Für Tausende von Städtern ist der Wohn- und Arbeitsort zu einer abweisenden und oft auch gefährlichen Lebensumwelt geworden.

Die Verhältnisse der Benachteiligten verbessern

Nicht für alle Stadtbewohner ist die Wohnsituation dieselbe. Es

gibt sie durchaus noch, die ruhigen Winkel, die grünen Inseln, die gediegenen Strassen und Quartiere. Auch ist es kaum je vorgekommen, dass eine Hauptverkehrsstrasse durch ein Villenquartier gelegt worden wäre.

Je mehr sich die Städte in den letzten drei Jahrzehnten verändert haben, umso deutlicher sind jedoch die Unterschiede zwischen guten und schlechten Wohnlagen geworden. Es sind in den Städten die Wohnlagen der Bevorzugten immer bevorzugter und die der Benachteiligten immer benachteiliger geworden.

Auch was die soziale Situation betrifft, stehen wir heute vor ähnlichen Perspektiven. Wo werden künftig all die von der Wirtschaft entlassenen, wo all die gar nicht aufgenommenen Jugendlichen wohnen?

Mit Gewissheit ist vorauszusehen, dass die Wohnungsnot in den Städten und mit ihr die Verteuerung der Mieten noch weiter zunehmen und langfr-

stig bestehen bleiben werden. Ein wachsender Teil unserer Stadtbevölkerung wird daher künftig in doppelter Hinsicht benachteiligt sein. Zum einen durch verhältnismässig erdrückend hohe Mieten, zum andern durch die Verdrängung in die abweisenden, unwirtlichen, vom Verkehr überschwemmten Ghettos unserer Städte.

Im Zentrum einer SP-Stadtpolitik muss daher die Solidarität mit den Benachteiligten und den Schwächeren stehen. Sie muss danach trachten, vor allem deren Lebens- und Wohnsituation zu verbessern.

Die Bedingungen der Stadtentwicklung verändern

Es war immer so, dass die Ansprüche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens das Bauen in den Städten bestimmten und dass deshalb veränderte kulturelle Verhältnisse auch Veränderungen der Bautradition bedingten.

Doch der Wandel dieser Tradition hat sich in der ganzen Epoche, die wir den historischen Städtebau nennen, immer ablesbar in Schritten vollzogen, und er hat nie den Rahmen eines kulturell geprägten und allgemeine Gültigkeit beanspruchenden Gestaltungskodexes

gesprengt. Die städtebaulichen Pläne sind im Laufe der Jahrhunderte wohl angepasst, durch Erweiterungspläne ergänzt und verändert worden, aber das Bauen hat sich im Rahmen von Gesetzen und Vorstellungen bewegt, die auf diesen Plänen und Konzepten beruhten.

Heute sind Bindungen an einen kollektiven Gestaltungswillen für die Stadtentwicklung praktisch aufgehoben worden. Das Baugeschehen ist «verwildert». Gründe und äussere Umstände, die diesen Zustand bedingen, sind eine ganze Reihe zu nennen. Wichtiger ist, das Grundlegende zu erkennen. Es liegt darin, dass wachsende Finanz- und damit Machtkonzentrationen immer stärker das Verhältnis von Kapital als einem Mittel zum Zweck (also beispielsweise zum Bauen) in sein Gegenteil verkehren.

Die natürliche Einstellung, Geld als ein Mittel zu benützen, um im allgemeinen Interesse eine lebenswerte Umwelt zu gestalten, wird je länger je mehr verdrängt durch ein Denken und Handeln, welches in entgegengesetzter Richtung verläuft. Aus einer Optik des möglichst gewinnbringenden Investierens wird der Mensch zur Arbeitskraft und das Wohnhaus zum Renditenobjekt.

Als Folge dieses Denkens und Handelns verliert auch die Stadt mehr und mehr ihre Qualitäten als Lebensumwelt und degeneriert zum Objekt grösstmöglicher Kapitalverwertung.

Eine Städtepolitik, die eine wirkliche Verbesserung der Lebensumstände und der Stadt als Lebensumwelt zum Ziele hat, wird nur erfolgreich sein können, wenn es ihr gelingt, den dafür erforderlichen Anteil des Kapitals in den Dienst dieses Anspruchs zu stellen. Dies bedingt eine entsprechende politische und oekonomische Machtausübung des Staates.

Dazu ist nicht unbedingt mehr Staat, sondern ein besserer Staat nötig. Ein Staat, der gewillt und fähig ist, auf die Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und der nicht in erster Linie dazu da ist, sein Gesetzgebungs- und Gewaltmonopol im Interesse der oekonomisch herrschenden durchzusetzen.

Drei Stossrichtungen für eine SP-Stadtpolitik

Für die Diskussion um unsere Stadtpolitik ist es wichtig, zweierlei im Auge zu behalten.

Zum ersten, dass wir uns über die Ziele, also darüber, was wir durch die Stadtpolitik erreichen wollen, einigen, und zum zweiten, dass wir ein Konzept für eine Politik finden, welches die Verwirklichung dieser Ziele auch tatsächlich ermöglicht.

Wir werden am Städtetag in Aarau ausführlich über die Ziele diskutieren können. Hier skizzieren wir in erster Linie ein Konzept für eine Politik, die unserer Ansicht nach drei Stossrichtungen umfassen muss:

1. Mit einer Städtepolitik eine längerfristige Stadterneuerung im Interesse grundlegender Verbesserungen der Lebensumstände für die ganze Stadtbevölkerung ermöglichen.

2. Mit einer Quartierpolitik die Bewohner an der Verbesserung ihrer Wohnumwelt im Quartier beteiligen.

3. Mit einer Wohnpolitik jedem Bürger bei tragbarer Miete eine würdige Wohnsituation sichern.

Im folgenden beziehen wir uns vor allem auf die Städtepolitik. Den andern beiden Punkten sind zwei weitere Aufsätze gewidmet.

Dezentralisieren, Demokratisieren, Selbstverwalten

Die Menge und Tragweite der Probleme zeigen deutlich, dass

die Zukunft unserer grossen Städte und ihrer Verwaltung nicht mehr einfach die Fortsetzung des Bisherigen sein kann. Die Grenzen des Wachstums, aber auch der Problemlösungsfähigkeit zentralistischer Organisationen und konzentrierter Macht werden immer offensichtlicher. Die Entscheidungsstrukturen müssen verändert werden.

In dieser Situation sollte die SP ihre Aufgabe darin sehen, diese Probleme und ihre Ursachen möglichst direkt anzugehen und grundsätzliche Alternativen voranzutreiben. Solche haben jedoch nur eine Realisierungschance, wenn sie durch breite Bevölkerungsteile mitgetragen werden.

In diesem Zusammenhang scheinen uns wiederum drei grundsätzliche Stossrichtungen von besonderer Bedeutung:

1. Demokratisierung: Bevölkerungsgruppen, die von bestimmten Problemen speziell betroffen sind, müssen diesbezüglich mehr Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte erhalten. Wir denken hier an die Schaffung von Quartierräten, in welchen die betroffene Quartierbevölkerung über ihre Quartierangelegenheiten mitentscheiden kann. Wir denken an Elternräte, welche betroffenen Eltern die Mitsprache in Schulfragen ihrer Kinder ermöglichen, oder an Ausländerräte, in welchen die zahlreichen Ausländer in unseren Städten an der Vorbereitung von Entscheidungen der Kommunen beteiligt werden können, welche für sie besondere Auswirkungen haben.

2. Dezentralisierung: Parallel zur Demokratisierung im erwähnten Sinne sind verschiedene politische Institutionen und Verwaltungsfunktionen zu dezentralisieren. Beispielsweise könnten Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens

wie Pflegeheime, Ambulatorien, soziale Beratungsstellen als kleine Einheiten in die Quartiere verlagert werden. Auch die Stadtplanung kann auf einer Quartierplanung aufgebaut werden, die von dezentralen Verwaltungsstellen in den Quartieren zusammen mit den Quartierräten und der Quartierbevölkerung vorbereitet und kontinuierlich begleitet wird.

3. Selbstverwaltung: Dezentralisierung ermöglicht auch den Aufbau selbstverwalteter Einrichtungen als Ergänzung zur zentralistischen Bürokratie, welche, Eigengesetzlichkeiten folgend, oft an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei arbeitet. Solche selbstverwalteten Einrichtungen in diversen öffentlichen und privaten Bereichen sind wiederum Voraussetzung für eine echte Demokratisierung.

Vorausdenken, eingreifen, lenken

Die Funktion der Planung muss neu definiert werden. Die staatliche Planung muss innovativ sein. Wenn die Qualität der Stadt und die allgemeinen Lebensumstände der Bevölkerung verbessert werden sollen, dann kann sich die Tätigkeit der Planungsbehörden nicht auf die Koordination privater Bauinteressen beschränken. Es ist die Stadt in ihrer Entwicklung auch vorauszudenken. Öffentliche Planung muss bei aller Offenheit für neue Situationen auch in der Lage sein, die grundsätzliche städtebauliche Ordnung und die wünschbare Entwicklung dieser Ordnung vorauszubestimmen. Planung muss kreativ sein.

Die städtebauliche Entwicklung muss offen sein.

Am Stadtentwicklungsprozess sind viele beteiligt und mehr oder weniger sind alle davon betroffen. Was vorgekehrt wird, geht deshalb jeden etwas

an. Planung muss als Austauschprozess funktionieren. Für den Bürger muss einsichtig sein, was die Behörden vorkehren wollen. Die zentralen und dezentralen öffentlichen Planungsorgane müssen die Anregungen und Wünsche der Bevölkerung und ihrer Quartiergremien entgegennehmen und in ihre übergeordneten Planungsvorstellungen und -konzepte umsetzen können.

Planungsbehörden müssen eingreifen und die Stadtentwicklung lenkend beeinflussen können.

Diese Lenkungsfunktion ist nötig, weil die Bauabsichten als Einzelinteressen sich nicht zwangsläufig zu einem Stadtgarten im Allgemeininteresse zusammenfügen. Sie ist umso nötiger geworden, je stärker sich die Kapitalverwertungsinteressen im Widerspruch zum allgemeinen Interesse an einer sinnvollen Gestaltung der städtischen Lebensumwelt entwickeln und je mehr sich diese Verwertungsinteressen gar als öffentliche Interessen schlecht-hin zu deklarieren suchen.

Wir werden uns fragen müssen, welche Lenkungsinstrumente heute zur Verfügung stehen, wie sie durch die planenden Behörden gehandhabt werden und ob sie allenfalls durch andere oder weitere Instrumente ersetzt oder ergänzt werden sollen.

Verursacher und Nutzniesser zur Kasse bitten

Die Erschließung der Mittel muss neu konzipiert werden. Dann ist (einmal mehr) zu fragen, ob insgesamt die Nutzer der städtischen Grundausrüstung und die Kostenverursacher nicht konsequenter an die Kasse zu bitten sind.

Man kann auch mittelbare und unmittelbare Nutzniessung unterscheiden. Als unmittelbaren Nutzniesser können wir bei-

spielsweise den Strassenbenutzer nennen. Wir müssten dann fragen, ob es Mittel und Wege gibt, den Strassenbenutzer in besserer Übereinstimmung zum Mass des Nutzens und der Kostenverursachung zu belasten. Als Beispiel für die mittelbare Nutzniessung ist das Grundeingentum von Bedeutung. Auf Stadtgebiet kann der Nutzen, der aus den Standortvorteilen (aufgrund der öffentlich erstellten Nutzungspläne und Verkehrsinfrastrukturen) entsteht, einen erheblichen Teil des Gesamtertrages aus diesen Grundstücken ausmachen. Die Grundstückspreise sind ein Spiegel des Ausmaßes dieser Erträge.

Newe Methoden der Besteuerung

Wir werden zu überlegen haben, welche Methoden und Modelle wir politisch ins Auge fassen können, um das private Grundeingentum in direkterer Abhängigkeit vom Nutzen aus den Standortvorteilen zu besteuern.

Im Zusammenhang mit den vorgängig erwähnten Prinzipien des vorausdenkenden Planens und des aktiveren Lenkens eröffnen sich Möglichkeiten, das Grundeingentum differenzierter zu besteuern, und Möglichkeiten, die neu erschlossenen Mittel dann auch konsequenter im Sinne einer wünschbaren Stadtentwicklung einzusetzen.

Parallel zu solchen Massnahmen muss indessen auch die alte SP-Politik der Sicherung öffentlicher Nutzungsrechte an Grund und Boden intensiviert werden. Im Hinblick auf unsere planungspolitischen Vorstellungen zeigen sich gerade auch dafür neue Möglichkeiten.